

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1868

24.5.1868 (No. 122)

Karlsruher Zeitung.

Sonntag, 24. Mai.

N. 122.

Vorauszahlung: halbjährlich 4 fl., vierteljährlich 2 fl.; durch die Post im Großherzogthum, Briefträgergebühr eingeschlossen, 4 fl. 6 kr. u. 2 fl. 3 kr.
Einrückungsgebühr: die gespaltene Zeile oder deren Raum 5 kr. Briefe und Gelder frei.
Erbedition: Karl-Friedrichs-Strasse Nr. 14, woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.

1868.

Amtlicher Theil.

Seine königliche Hoheit der Großherzog haben mit höchster Entschliebung vom 20. d. Mts. gnädigst geruht, den außerordentlichen Professor Dr. Rive in Breslau zum ordentlichen Professor der germanistischen Fächer und des Staatsrechts an der Universität Freiburg zu ernennen; ferner dem Privatdozenten Dr. Karl Heine an der Universität Heidelberg den Charakter als außerordentlicher Professor in der medizinischen Fakultät zu verleihen.

Nicht-Amtlicher Theil.

Telegramme.

† **Wien**, 22. Mai. Der Budgetausschuss hat beschlossen, beim Unterhaus Folgendes zu beantragen: die vom Finanzminister proponirte Vermögenssteuer abzulehnen; das die Konvertirung der Staatsschuld betreffende Gesetz mit den vom Ausschuss beantragten Modifikationen anzunehmen; das Defizit durch Heranziehung der Staatsgälbiger und den Rest im Besteuerungsweg zu decken.

† **Wien**, 23. Mai. Wie die „N. Fr. Presse“ hört, bereitet England eine Friedenskonvention aller Mächte vor, in welcher diese sowohl den ernstlichen Willen zur Erhaltung des Friedens, als auch den festen Glauben an die Möglichkeit desselben aussprechen sollen. Nach allseitig entsprechender Zustimmung zu dem in der Mittheilung betonten Prinzip werde die formelle Eröffnung erfolgen. Das Wiener Kabinett sei in Voraussehung bereitwilligster Mitwirkung bereits vertraulich davon benachrichtigt.

† **Wien**, 22. Mai, Nachm. Das Abgeordnetenhauus hat in seiner heutigen Sitzung bei Fortsetzung der Debatte über das Budget, die Bedeckung des Kapitalbedarfs der Ministerien des Innern, der Landesverteidigung und des Unterrichts, ferner die direkten und indirekten Steuern und die Zollnahmen unverändert nach den Anträgen des Ausschusses angenommen.

† **Wien**, 23. Mai. Aus Bukarest, 22. d., wird telegraphisch hierher gemeldet: Gerüchten zufolge wird sich die Kammer heute auf dem Freiheitsfelde als Konstituante erklären und die Landesunabhängigkeit proklamieren. (S. Frankfurt.)

† **Frankfurt**, 23. Mai. Ein Telegramm direkt aus Bukarest meldet, daß bei der gestrigen Jahresfeier der Thronbesteigung Toaste von dem Kammerpräsidenten auf den Fürsten und die Wohlfahrt des Landes ausgebracht worden seien. Somit bestätigt sich die in Wien veröffentlichte Bukarester Nachricht nicht.

† **London**, 22. Mai, Abends. Im Unterhaus kündigte heute Abend Kearton eine Interpellation an, des Inhalts: Ob die Königin aus Gesundheitsrücksichten bis zum Schluß der Session wegbleiben wolle, und ob die Regierung ihr aus Rücksicht auf ihre Ruhe und ihre Gesundheit arrathen wolle, die Krone niederzulegen. Der Sprecher rief den Redner wegen dieser respektwiderigen und unparlamentarischen Frage, unter allgemeinem Beifall des Hauses, zur Ordnung. — Gladstone beantragte die zweite Lesung der irischen Kirchenbill.

† **London**, 23. Mai, Morgs. In der bis in die Nacht hinein dauernden Sitzung des Unterhauses beschloß dieses mit 312 gegen 258 Stimmen die von Gladstone beantragte zweite Lesung der irischen Kirchenbill.

Deutschland.

† **Schwerin**, 21. Mai. Die Regierung beantragte beim Zollbundesrath eine Entschädigung für den Wegfall des Transitzolls auf der Berlin-Hamburger Eisenbahn, gemäß den beim Eintritt in den Nordbund gestellten Bedingungen.

† **Berlin**, 22. Mai. Sitzung des Zollparlamentes vom 22. Mai.

Das Zollparlament hatte die Zollermäßigungen (1-12, Abschnitt II der Vorlage, betr. den Vereinstarif) in seiner letzten Sitzung erledigt, bis auf die Anträge der Abgg. Ros, bzw. Sombart und Hagen, welche eine die Zuckerzölle betreffende Ermäßigung hinzuzufügen beabsichtigen. Diese Anträge wurden jedoch sämtlich zurückgezogen, als Bundeskommissar Delbrück unter Anerkennung ihrer Tendenz die Unmöglichkeit für die verbündeten Regierungen nachgewiesen hatte, zur Zeit diese wichtigsten Positionen des Zollvereins zu alteriren. Abg. Ros begnügte sich daher mit einer Resolution, welche die Frage der Zuckerzoll-Reform für die Zukunft reservirt. Das Haus genehmigte sie.

Außerdem hat Abg. Meier (Bremen) die Ermäßigung des Ausgangszolls von ausländischen Cigarren von 20 Ehlern pro Zentner auf 15 Ehlern beantragt, weil zu befürchten sei, daß die seit der Zoll-erhöhung stark verminderte Einnahme aus diesem Artikel in Zukunft sich noch sehr erheblich reduzieren wird. Der Antragsteller benützte diesen Anlaß zu einer nachdrücklichen Zurückweisung des Angriffs, den der Abg. Mohl kürzlich gegen die Hanfschäbe und das Recht ihrer

Vertreter, im Zollparlament Anträge zu stellen versucht hatte. Gegen den Antrag Meier's sprach Abg. Grumbrecht, weil die Herabsetzung eine Verschwendung im Interesse der reichen Leute sei und weil der Ausfall in den Zolleinnahmen für Cigarren seit 1851 in anderer Gestalt, nämlich für ausländischen Rohtabak, der auf vereinsländischem Boden verarbeitet worden, der Kasse des Zollvereins wieder zugeflossen sei. Der Kommissar des Bundesraths, Geh. Rath Michaelis, sagte dem Antrag Meier's für den Fall seiner Annahme sorgfältige Ermägung von Seiten des Bundesraths zu; derselbe wurde jedoch abgelehnt. Dasselbe geschah mit den Resolutionen Schleidens (Vorlegung eines neuen reformirten Tarifs auf der Basis niedriger Finanzzölle) und Grumbrecht's (Aufhebung des Ausgangszolls auf Lumpen). Dagegen wurde eine Resolution des Abg. Ulrich zu Gunsten der Einführung des Einpennig-Tarifs für alle Rohprodukte, namentlich für Holzleim, auf allen Eisenbahnen genehmigt.

Damit ist die Vorberatung der Vorlage, betreffend die Abänderung des Vereinstarifs, beendet. Die zweite Lesung soll morgen stattfinden.

Das Tabaksteuer-Gesetz wurde in zweiter Lesung angenommen und zwar mit einer kleinen redaktionellen Aenderung in § 2, die Krüger (Bozen) heute beantragt hatte, im Uebrigen unverändert; dem Rung's erneuerter Antrag auf Herabsetzung der Bodensteuer von 6 auf 5 Sgr. wurde abgelehnt.

Die Vorlage, betr. die Ausdehnung der durch den österreichischen Handelsvertrag den Meißbegünstigten gewährten Vortheile auf den Verkehr mit allen Nationen, wurde durch die Referenten der Schlussberatung, v. Pato und Dissené, zur Genehmigung empfohlen und fast einstimmig genehmigt.

Schließlich zeigte Graf Bismarck an, daß das Zollparlament morgen Nachmittag 4 Uhr geschlossen wird. Schluß 1/2 Uhr. Letzte Sitzung Samstag 11 Uhr.

Schließlich theilt der Präsident dem Parlament ein Schreiben mit, wonach den Mitgliedern desselben und des Bundesraths Gelegenheit gegeben werden soll, unsere junge deutsche Flotte im Kiel der Hafen aus eigener Anschauung kennen zu lernen, wozu die betreffenden Eisenbahn-Verwaltungen einen Ertrag zur freien Fahrt von hier nach Kiel und zurück zur Verfügung gestellt haben. Der Zug wird am Samstag Abend 9 Uhr vom Hamburger Bahnhof abgehen und trifft Sonntag früh in Kiel ein, woselbst die Admiralität die Führung und Bewirthung der Gäste übernehmen wird. Sonntag Abend geht der Zug von Kiel zurück; doch steht es den Teilnehmern frei, jeden andern Tag an jedem andern Tag zur Rückfahrt zu benutzen. Auch die hier anwesenden Damen der Abgeordneten sind eingeladen. — Schluß der Sitzung.

† **Berlin**, 22. Mai. Morgen Nachmittag um 4 Uhr wird der König im Weißen Saal des Königl. Schlosses die feierliche Schließung des Deutschen Zollparlamentes vollziehen. Gleich nachher gibt Se. Maj. im Schloß ein Galadiner, zu welchem sämtliche Mitglieder des Zollbundesraths und des Zollparlamentes, sowie die Staatsminister, die Generale u. Einladungen erhalten haben. — Morgen wird der Kriegsminister v. Roon von seiner mehronatlichen Urlaubserreise hier wieder eintreffen. — Wie verlautet, ist die durch den Tod des Kanzlers v. Bander erledigte Stelle des ersten Präsidenten am ostpreussischen Tribunal in Königsberg nunmehr wieder besetzt, und zwar durch Berufung des bisherigen ersten Präsidenten am Appellationsgericht zu Insterburg, Geh. Rath v. Gopler. Derselbe hat auch zugleich das große Provinzialhofamt des „Kanzlers für das Königreich Preußen“ erhalten. An Stelle des Hrn. v. Gopler ist der bisherige erste Vizepräsident beim ostpreussischen Tribunal, Dr. Becker, zum Chepräsidenten des Appellationsgerichts in Insterburg ernannt worden.

† **Berlin**, 22. Mai. (N. Fr. Z.) Zu Ehren des Zollparlamentes fand gestern Mittag von 12 Uhr an im hiesigen Börsensaal ein Fest statt. Das Komitee, welches sich „zur Feier des Zusammentritts des ersten deutschen Zollparlamentes“ aus dem Berliner Gewerbe- und Handelsstand gebildet hatte, bestand aus den Hrn. J. Arndt, G. Reichröder, Anton Cohn, Wm. Conrad, A. Delbrück, G. Dietrich, H. Egells, Wm. Herz, G. Reibel, V. v. Ragnus, Paul Wendelsjohn-Bartholdy, R. Parrisius, L. Ravené, G. Reimann, G. Reimer, W. Siemens und Stobwasser. Diese Herren hatten die Mitglieder des Zollbundesraths, die preussischen Minister, die Herren vom Bundeskanzler-Amt, sämtliche Mitglieder des Zollparlamentes, Vertreter der hiesigen Presse u. zu einem Frühstück eingeladen. Man versammelte sich in dem einen der beiden großen Säle der Börse, und nachdem etwa eine Viertelstunde in ungezwungener Unterhaltung vergangen war, begab sich die Gesellschaft in den anstehenden zweiten Saal, wo etwa 40 bis 50 kleinere Tische — je zu 10 Personen — servirt waren, an denen die Eingeladenen je nach Wahl Platz nahmen. An jedem Tisch machte einer der Hrn. Gastgeber den Wirth; auf dem Balkon war eine Kapelle, die während der Tafel spielte.

Den ersten Toast brachte ein Mitglied des Festkomitees, Hr. v. Ragnus, aus auf Se. Maj. den König und dessen hohe Verbündete im Zollverein. Mit lautem Ruf stimmte die Versammlung dem Redner zu. Sodann begrüßte ein anderes Mitglied des Komitees, Hr. Dr. Siemens, den Zollbundesrath und das Zollparlament mit einem Toast, dem wir Folgendes entnehmen:

Es ist ein Fortschritt von weiträumiger Bedeutung, daß das Volk

durch die jetzige Organisation des Zollvereins zur parlamentarischen Mitwirkung bei der Regelung seiner materiellen Interessen berufen ist und daß die vertragmäßigen Waffen gemeinschaftlich dieselben fortan vor jeder äußern Störung sicher stellt. Schon den alten Zollverein trotz seiner periodischen Krisen vermochte keine Macht zu zerreißen, um so mehr wird der jetzige politisch organisirte Zollverein allen künftigen Stürmen trotzen. Der Austausch der in den einzelnen Stämmen und Parteien lebenden Gedanken muß dieselben ausgleichen, das Gefühl der Zusammengehörigkeit im ganzen Volk stärken. Dies erhärtete Gefühl und die Solidarität nach außen hin wird eine Trennung der einmal vereinigten Stämme niemals gestatten. Das Sicherheitsgefühl, das hierauf beruht, wird von mächtigem Einfluß auf Industrie und Handel sein. Aber auch ein Herzensbedürfnis zu befriedigen, gibt uns Ihr Erscheinen Gelegenheit. Es war uns ein Bedürfnis, den Männern persönlich näher zu treten, welche das schwere und oft un dankbare Amt übernommen haben, im Bundesrath und Parlament die Interessen des Volks zu vertreten. Die Ansichten über Ziel- und Wege mögen auseinandergehen, aber alle sind begründet auf unserer Aller Liebe zum gemeinschaftlichen Vaterland und haben unsern Anspruch auf Achtung, auch wo wir sie nicht theilen. Und so fordere ich meine Mitbürger auf, dieser Achtung und unserer Dankbarkeit Ausdruck zu geben durch den Ruf: Es leben unsere Gäste, die Mitglieder des Bundesraths und des Parlaments des Deutschen Zollvereins! Sie leben hoch!

Den Dank für diesen Gruß und Wunsch sprach der Präsident des Zollparlamentes, Dr. Simson, aus. Er sagte u. A.:

Das Zollparlament ist auch zur Pflege der wirtschaftlichen Interessen der Nation gegründet und berufen. Niemand vermag zu weisagen, wann es sich zu der Vollvertretung des Gesamtstaats deutscher Nation entwickelt, in dieselbe vollendet haben wird. Denn Gottes Zeiten sind eben sein Geheimniß! Aber in aller dieser Beschränkung ist sich das Zollparlament bewußt, den ewigen Ideen zu dienen, welche auch die Materie durchleuchten, durchdringen, verklären! (Lebhafter Beifall.) In aller Begrenzung unseres gegenwärtigen Berufes halten wir uns unsere Aufgaben für das Gesamt-vaterland gegenwärtig, in dessen einem Interesse schließlich alle wahren Interessen seiner Stämme und Staaten friedlich zusammentreffen müssen. (Beifall.) Und in dem Gefühl dieser Wechselbeziehung lassen Sie uns die Gläser füllen. Es gilt einem der wichtigsten und angelegentlichsten Träger der Entwicklung unsres deutschen Vaterlandes, dem Handels- und Gewerbeband der Stadt Berlin, seinem Heil, seinem wohlverdienten Gedeihen! Er lebe hoch!

Hierauf erhob sich der Bundeskanzler Graf Bismarck und sprach etwa folgende Worte:

Wenn ich den so eben gebrachten Toast meines verehrten Kollegen, des Vorsitzenden des Zollparlamentes, nicht ganz freisprechen kann von einem gewissen Egoismus, indem er eine captatio benevolentiae an die Jury richtet, welche nachher über uns zu Gericht sitzen und sagen soll: „Ihr habt eure Sache gut gemacht!“ — wenn ich mich von dieser Klippe fern halte, so lassen Sie mich dem Gefühl Ausdruck geben, welches uns Norddeutsche dahin leitet, unsern süddeutschen Brüdern einen Scheidegug zuwerfen. Die kurze Zeit unseres Zusammenseins ist schnell vergangen, wie ein Frühlingstag; möge denn die Nachwirkung sein wie die des Frühlings auf die künftige Zeit! (Beifall.) Ich glaube, daß Sie nach der Gemeinsamkeit der Arbeit für die deutschen Interessen die Ueberzeugung mit nach Hause nehmen werden, daß Sie hier Brudersbergen und Brudershände finden werden für jegliche Lage des Lebens! (Beifall.) Und daß jedes erneute Zusammensein dies Verhältnis stärken wird und muß! (Beifall.) Lassen Sie uns dies Verhältnis festhalten; lassen Sie uns dies Familienleben pflegen. In diesem Sinne rufe ich den süddeutschen Brüdern ein herzliches: Auf Wiedersehen! zu. (Stürmischer Beifall.)

Der Königl. bayrische Minister des Aeußern, Fürst v. Hohenlohe-Schillingensfürst, sprach sodann:

H. H. Sie haben den Worten, welche der Hr. Bundeskanzler an Sie gerichtet, mit so großer Begeisterung beigestimmt, und dieser Begeisterung haben sich die süddeutschen Mitglieder dieser Versammlung in so herzlicher Weise angeschlossen, daß Sie daraus ersehen wollen, daß die Annäherung zwischen Süd- und Norddeutschland große Fortschritte gemacht hat. Dies verdanken wir dem Zollparlament, welches uns zusammenführt zu gemeinsamer Arbeit, welches uns einigt in der Mission des deutschen Volkes, in der Mission, die höher, edler und schöner ist, als die angeblich zivilisatorische Mission anderer Nationen. Darin liegt unsere Verbündung und unsere Annäherung, und indem ich Sie bitte, für diese Verbündung Ihre Gläser zu erheben, trinke ich auf die Einigung der deutschen Stämme!

Mit stürmischer Begeisterung wurde dem Hrn. Minister gedankt für seine patriotischen Worte, die den lebhaftesten Anklang gefunden hatten.

Zwei weitere Toaste brachten noch die Hrn. Bött und W. Barth aus auf das deutsche Vaterland und seine geistliche Entwicklung. Nachdem das Frühstück, dessen Arrangement nichts zu wünschen übrig ließ, beendet war, begab sich die Gesellschaft in den anstehenden Garten, wo man noch bis gegen 4 Uhr Nachmittags in lebhafter Unterhaltung zusammenblieb.

Oesterreichische Monarchie.

† **Wien**, 22. Mai. Gutem Vernehmen nach wird spätestens übermorgen (Sonntag, 24. Mai) die amtliche Publikation der vom Kaiser sanktionirten konfessionellen Gesetze erfolgen und am Montag der Unterstaatssekretär Hr. v. Mey jensbug seine Mission nach Rom antreten.

Ueber die Reise des Prinzen Napoleon ist hier bis zur Stunde irgend eine offizielle Anzeige nicht eingetroffen.

Schweiz.

Bern, 21. Mai. Der „Bund“ schreibt offiziös: „Die H. Landammann Dr. Heer und Rathsherr Stähelin-Brunner sind in der Bundesstadt eingetroffen und haben in der Nachmittags-Sitzung vom 20. dem Bundesrath über den Gang der Handelsvertrags-Unterhandlungen in Berlin Bericht erstattet. Darnach waren alle bei den Verhandlungen zur Sprache gekommenen Punkte vollständig erledigt bis auf die sogenannte Bierfrage, in welcher die deutschen Bevollmächtigten von der Ansicht ausgingen, es sei [schweizerischer Seite s. B.] den Franzosen gegenüber ein erhöhtes Dmngeld für Bier nicht vorbehalten worden, während [jetzt dem Zollverein gegenüber] schweizerischer Seite unter Hinweisung auf die bestimmte Vorschrift des Art. 32 der Bundesverfassung daran festgehalten wurde, daß alle ausländischen Getränke etwas stärker zu besteuern seien als die inländischen. Das gewöhnliche Dmngeld war dabei nicht in Frage, sondern nur dieser Zuschlag für die ausländischen Getränke. Nach den Berichten der H. Abgeordneten ist die Angabe öffentlicher Blätter, daß die Alpenbahn-Frage bei dem Abbruch der Unterhandlungen mit im Spiele gewesen, völlig grundlos, indem diese Frage zu gegenseitiger Zufriedenheit erledigt gewesen sei. Dabei sei übrigens in den Verhandlungen durchaus nicht von einem bestimmten Alpenpasse die Rede gewesen, weder vom Gotthard noch vom Lukmanier. Die Abgeordneten berichteten, daß trotz des Scheiterns der Unterhandlungen die Bevollmächtigten der beiden Länder sich in durchaus freundlicher Weise getrennt haben, und die Einführung von Differenzialzöllen von deutscher Seite der Schweiz gegenüber dormalen kaum zu befürchten sei. Der Bundesrath verbankte den H. Abgeordneten ihre großen, wenn auch erfolglos gebliebenen Bemühungen auf's Beste.“

Italien.

Rom, 22. Mai. Der heil. Stuhl hat die amerikanischen Bischöfe auf ihr Verlangen ermächtigt, auf ihre Kosten ein Korps von 1000 Freiwilligen zu schicken unter der Bedingung, daß sie selbst für ihren Unterhalt sorgen würden. Diese Freiwilligen würden ein besonderes Bataillon bilden nach dem Vorbild der französischen Fußjäger. — Das Gerücht ist grundlos, wornach Unterhändler aus Florenz hier angekommen wären mit der Mission, direkt und ohne Theilnahme Frankreichs die Frage des modus vivendi zwischen Italien und Rom zu verhandeln.

Frankreich.

Paris, 22. Mai. Das „Journ. de Paris“ ist sehr unghalten über den Zwischenfall im deutschen Zollparlament, zu dem der Antrag Bamberger's Anlaß gegeben hat. Es befreit dem Grafen Bismarck alles Recht, überhaupt nur ein Wort von politischer Bedeutung im Zollparlament zu sprechen. Von Hrn. v. Bismarck indessen sei man gewohnt, daß er sich über die Verträge hinwegsetze. Uebrigens sei vorauszusetzen gewesen, daß das Zollparlament nur zur Entwicklung der deutschen Einheit und zu ihr günstigen Kundgebungen gebraucht werden sollte. „Wenn wir also von der Rede des Hrn. v. Bismarck sprechen — fügt das genannte Blatt hinzu —, so geschieht dies weniger, um unser Erstaunen und unsern Verdruck darüber an den Tag zu legen, als um Tag für Tag die Geschichte der gänzlichen Umfassung Deutschlands zu verfolgen.“

Die „Presse“ theilt eine am vorigen Donnerstag dem preussischen Botschafter Grafen v. d. Goltz übergebene Erklärung von 757 Angehörigen der sog. Welkenlegion mit, wornach sie von der ihnen zugebundenen Amnestie keinen Gebrauch zu machen entschlossen sind.

Der „Arme-Moniteur“ bemüht sich, die beunruhigende Form, in der General v. Faillly sich im Lager von Chalons in Betreff eines wahrscheinlichen Krieges ausgedrückt haben soll, in Abrede zu stellen. Die Zeitungen seien wahrhaftig von ungeschickten oder irrtümlich berichteten Korrespondenten schlecht informiert gewesen. General v. Faillly habe in der gewohnten Ansprache an seine Offiziere am Ende der ersten Lagerrevue keineswegs eine Sprache geführt, die einen nahen Krieg hätte wahrscheinlich machen können; auch würde es ja außer aller Befugnisse eines Generals liegen, der Welt einen bevorstehenden Krieg anzukündigen, u. s. w.

Dem „Journ. de Paris“ zufolge ist die Rede von einer Reise, die der Bizekönig von Egypten im Juni nach Paris zu machen gedenke. Der Zweck dieser Reise wäre, von der französischen Regierung die Aufhebung der Konsularjurisdiction zu erlangen. — Rente 69.55, Cred. mob. 268.75, ital. Anl. 51.35.

Belgien.

Brüssel, 21. Mai. In der gestrigen Sitzung des Senats trug der Senator für Charleroi darauf an, die Regierung möge eine Untersuchung anstellen lassen über die letzten Arbeiterunruhen in den Kohlenbezirken. Der Minister des Innern erwiederte, eine solche Untersuchung sei nicht nöthig; sie werde nur ergeben, daß die Kohlenarbeiter, wie alle anderen, nur vielleicht in etwas höherem Grad, unter den Einflüssen der Handelskrisis litten, die seit zwei Jahren ziemlich überall fühlbar sei. Bei dieser Gelegenheit wurde auch wieder die Frage wegen der Arbeit der Frauen in den Kohlengruben in Anregung gebracht, und die Erklärung des Ministers, daß die Regierung sich gegenwärtig angelegentlich mit Untersuchung dieses Gegenstandes beschäftige, mit allseitiger Gemüthung entgegengenommen.

Schweden und Norwegen.

Stockholm, 16. Mai. (Hamb. Adr.) Der Schluß des Reichstags wurde heute vom König in eigener Person verkündet. In der Thronrede wurde die Ueberzeugung ausgesprochen, daß bei der nächsten Versammlung keine Unterbalance in der Staatsabrechnung vorhanden sein würde, und daß der Friede bei den obwaltenden freundschaftlichen Beziehungen zum Ausland gesichert sei. — Zum Führer des von der Regierung den Unternehmern der Nordpol-Expedition zur Verfügung gestellten Post-Dampfschiffs „Sofia“ ist der Flottenkapitän Frhr. F. v. Otter, und zum Mitkommandirenden der Unterleutnant E. Palander kommandirt worden. Uebrigens besteht die Schiffsbesatzung aus 1 Arzt, 1 Unteroffizier, 2 Maschinisten und 9 Matrosen. Außerdem sollen in Norwegen noch 4 oder 5 Grönlandsfahrer als Bootsmannschaft angeworben werden. Die Expedition wird in den ersten Tagen des Juli von Norwegen abgehen. — Von der Kanonengießerei „Finpong“ sind 42 Stück hölzerne Kanonen, jede ungefähr 60 Zentner wiegend, mit dem Dampfschiff „Dahlsland“ nach Kopenhagen verschifft worden. — Die allgemeine schwedische Kirchenversammlung soll nach königlicher Bestimmung am 1. Sept. in Stockholm zusammentreten.

Lebantenpost.

Athen, 16. Mai. In der diplomatischen Vertretung Griechenlands am französischen Hof und bei der Pforte werden Personalveränderungen vor sich gehen.

Alexandrien, 16. Mai. Der Bizekönig unternimmt aus Gesundheitsrücksichten eine Reise nach Europa. Die Regentenschaft wird Scherif Pascha inzwischen führen.

Amerika.

Washington, 21. Mai. (Neuter's Office.) Die in Chicago stattgefundene Konvention erklärte sich einstimmig für die Präsidentschaftskandidatur Grant's, verwarf die Repudiation der Staatsschuld, und billigte es, daß Johnson in Anklagezustand versetzt worden sei.

Baden.

Karlsruhe, 23. Mai. Der evangel. Oberkirchenrath hat unterm 8. d. folgende Verordnung, die Trennung der Meßner-, Glöckner- und Organistendienste von den Schuldiensten betreffend, an sämtliche evangel. Kirchengemeinderäthe gerichtet:

„Mit dem 15. März d. J. ist das Gesetz über den Elementarunterricht vom 8. März d. J. in Wirksamkeit getreten. Die durch § 43 dieses Gesetzes ausgesprochene Trennung des Meßner-, Glöckner- und Organistendienstes vom Schuldienste soll nach § 120 spätestens am 23. April 1869 vollzogen werden, sofern nicht entweder der Schuldienst früher schon erledigt wird, oder zwischen dem Lehrer und Demjenigen, welcher einen jener Nebendienste zu versehen hat, eine Verständigung über frühere Auflösung des Verhältnisses erfolgt.“

Es wird demnach von nun an bei jeder vorkommenden Erledigung eines Schuldienstes, mit welchem ein Meßner-, Glöckner- oder Organistendienst verbunden ist, die Bestellung eines besonderen Meßners, welcher zugleich den Glöcknerdienst zu versehen hat, sobald die Ueber-einkunft mit dem neu eintretenden Lehrer wegen Vergebung des Organistendienstes und der Ausschreibung der bisher mit dem Schuldienst-Einkommen etwa verbunden gewesenen Meßner-, Glöckner- und Organistendienste nöthig und haben die betreffenden Kirchengemeinderäthe das hiernach Erforderliche vorzunehmen.

Sollte eine Vereinbarung zwischen dem neuen Lehrer über den Betrag der Vergütung für den Organistendienst nicht zu Stand kommen können, so wird nach § 43 der Betrag durch die Ober-Schulbehörde nach Anhören der Oberkirchenbehörde und des Lehrers festgesetzt. Wo in einer solchen Gemeinde eine besondere Pfründe für einen der kirchlichen Nebendienste besteht, ist dieselbe alsdann aus dem bisherigen Schuldienst-Einkommen auszuschneiden, in kirchliche Verwaltung zu nehmen und der Ertrag, soweit erforderlich, zu dem Gehalt für die Vergebung jener kirchlichen Dienste zu verwenden.

Wo eine besondere Pfründe für einen dieser kirchlichen Dienste nicht besteht oder der Ertrag der bestehenden für die Bestreitung des Gehalts des Meßners und Organisten nicht hinreicht, hat der Kirchengemeinderath mit der Kirchengemeinde-Versammlung in Erwägung zu ziehen, auf welche Weise die erforderlichen Mittel anzubringen sind.

Die Feststellung des Gehalts des Meßners und Glöckners, wie des Organisten erfordert nach § 22 der Kirchenverfassung die Zustimmung der Kirchengemeinde-Versammlung, die demnach in vorerwähnten Fällen die Kirchengemeinderäthe jeweils einzuholen haben.

Zur Bewirkung der Ausschreibung der Meßner-, Glöckner- und Organistendienste aus dem Schuldienst-Einkommen ist zunächst in Betracht zu ziehen, was in dem letzten Erkenntniß über die Einkünfte der Schulstelle ausdrücklich als Einkommen solcher Nebendienste aufgeführt ist. Doch können die Angaben in diesen Erkenntnissen nicht schlechthin als maßgebend betrachtet werden, da bei dem Bezug dieser Erkenntnisse geschene Erhebungen der einzelnen Bestandtheile des Einkommens der Schulstelle vielfach nicht mit aller Genauigkeit bezüglich der Unter-scheidung zwischen dem eigentlichen Schuldienst-Einkommen und den Einkünften der kirchlichen Nebendienste verfahren wurde. Die Kirchengemeinderäthe haben daher mit aller Sorgfalt zu untersuchen, ob, wo ein Einkommen für kirchlichen Dienst im Erkenntniß nicht angegeben ist, doch ein solches als in dem bisherigen Einkommen der Schulstelle enthalten, durch anderweitige Benehmittel sich nachweisen läßt, oder ob, wo das Erkenntniß ein solches bereits vorträgt, die betreffende Angabe richtig und vollständig ist. Die sorgfältigste Nachforschung in dieser Hinsicht liegt im Interesse der Kirchengemeinden, welche in allen Fällen das für die Bestreitung des Aufwands für den Meßner- (Glöckner-) und Organistendienst Fehlbende aus eigenen Mitteln zuzuführen haben.

Ueber das nach vorstehender Anordnung Geschene haben die Kirchengemeinderäthe in vorkommenden Fällen alsbald anher Bericht zu erstatten und für den dem Meßner (Glöckner) und Organisten bestimmten Gehalt gemäß § 25 der Verordnung vom 7. Nov. 1862 die diesseitige Genehmigung einzuholen.

Da endlich am 23. April 1869 die mehrerwähnte Trennung bei allen Schuldiensten vollzogen werden soll, werden sämtliche Kirchengemeinderäthe aufgefordert, die oben angebeuteten Untersuchungen und Bestimmungen der zu verabsprechenden Schalte unverweilt vorzunehmen und über das Ergebnis derselben Vorlage hierher zu machen, damit auch die diesseitige Oberkirchenbehörde den Stand der Pfründen für fragliche niedere Kirchengendienste kennt und auf den erwähnten Zeitpunkt hin die etwa noch nöthigen Anordnungen auch für die Kirchengemeinden treffen kann, in welchen bis dorthin eine Erledigung des Schuldienstes nicht eintritt.“

Karlsruhe, 23. Mai. Das „Central-Verordn.-Bl.“ Nr. 8 vom 22. d. M. enthält folgende Bekanntmachung des Großh. Ministeriums

des Innern vom 7. Mai d. J., die Ueberfüllung der beiden Heil- und Pflegeanstalten Zillenau und Forstheim betreffend:

„Nach den übereinstimmenden Erklärungen der Vorstände kann der schädlichen Ueberfüllung der beiden Heil- und Pflegeanstalten nur dadurch vorgebeugt werden, daß die Aufnahmehesuche einer strengeren Prüfung unterzogen werden und eine größere Anzahl von Kranken in die Lokalversorgung übergeht.“

Man verkennt keineswegs die mit der Lokalversorgung verbundenen Schwierigkeiten. Es wäre aber ein großer Fehler, wenn die Orts- und Bezirksbehörden nur diese Schwierigkeiten, nicht aber auch die schweren Folgen im Auge hätten, welche notwendig aus der übermäßigen Anfüllung der Anstalten hervorgehen. Wer diese letzten Folgen nicht beachtet, wer dazu beiträgt, daß Kranke, die möglichst Weise zu Hause verpflegt werden könnten, als eine unbecommene Last der Familie oder der Heimath abgenommen und den Anstalten aufgebürdet werden, der beschleunigt das Herannahen des Zeitpunkts, in welchem die augenblickliche Aufnahme auch in dringenden Fällen unmöglich würde. Heilbare und gefäßliche Kranke müßten dann auf eine freie Stelle warten, so daß für die Einen Unheilbarkeit, von den Andern aber schwerer Antheil zu befürchten stünde.

Alles kommt darauf an, daß der Raum in beiden Anstalten nur für solche Pfleglinge beansprucht wird, welche nach einer strengen Auslegung des Statuts der Aufnahme bedürfen; alle übrigen Geisteskranken müssen der Lokalversorgung verbleiben. In diesem Sinne ist bereits ein gedruckter Aufruf der beiden Anstaltsdirektionen vom Juni 1861, und sind die diesseitigen Erlasse vom 7. Juni 1861 und vom 8. Aug. 1864 ergangen. Wo diese Aufforderungen gebührend beachtet und menschenfreundliche Bemühungen nicht gescheut wurden, hat die Lokalversorgung viele erfreuliche Erfolge gehabt.

Mit Bezug auf die Verhältnisse, welche Seitens der beiden Direktionen wegen Uebernahme von Pfleglingen in die Lokalversorgung an die Bezirksämter gelangen werden, beantragen wir daher diese, sowie die H. Bezirksärzte, im Benehmen mit den Gemeinderäthen und Ortsgeistlichen, diejenigen Grundstücke anzuwenden, welche in dem ihnen zukommenden neuen, wie in dem früheren Aufruf der Anstaltsdirektionen angegeben sind. Ueber die Erfolge wird man sich von Zeit zu Zeit Bericht erstatten lassen.“

Heidelberg, 20. Mai. Nach einem Komiteeausschreiben soll die 5. Jahresversammlung der Lehrer badischer Mittelschulen am Mitte August in Heidelberg gehalten werden, wenn hinreichende wissenschaftliche Theilnahme, um welche eben Umfrage gehalten wird, in Aussicht steht.

Heidelberg, 21. Mai. Gestern hat wieder ein Bürger-abend stattgefunden, wobei Hr. Kreis-Schulrath Strübe der zahlreichen Versammlung das neue Elementar-Schul-Gesetz erläuterte. Daran knüpfte sich eine Diskussion, an der sich die H. Professoren Stoy und Wundt und Hr. Stadtdirektor Stöffer beteiligten. Schließlich machte der Vorsitzende, Hr. Abel, die Mittheilung, daß das Komitee die Jubiläumsfeier des 50jährigen Bestehens der badischen Verfassung am 22. Aug. d. J. beschlossen habe und daß es die gleiche Festlichkeit mittelst Ausschreiben, welches vorgelassen und allgemein gebilligt wird, im ganzen Land anregen wolle.

Mannheim, 21. Mai. Einen wahrhaft durchschlagenden Erfolg im hiesigen Hoftheater hatte das jetzt beendete Gastspiel des Berliner Hofopernsängers Bes. Märkige Stimme, Leichtigkeit des Vortrags, treffliche Mimik bei bescheidenen Einordnung der eigenen Persönlichkeit in das Ganze zeichnete vorgestern sein Spiel als Wilhelm Tell; zu diesen Eigenschaften noch eine wahre Kunstfertigkeit im Einzelnen, namentlich spielende Beweglichkeit und reizender Vortrag der Regitative sein heutiges als Don Juan aus. Natürlich ehrten ihn die höchsten Gaben des lebhaftesten Beifalls. — Frau v. Buch, wohl die älteste Schauspielerin unseres Welttheaters, ist gestern im fast 89. Lebensjahr gestorben. Zuletzt war sie hochgeehrtes Mitglied unserer Bühne, von welcher sie sich 1849 in den Ruhestand zurückzog. — In der hiesigen Synagoge wurde heute die Trauung von Fr. Mathilde Labenz mit Hrn. E. v. Hirsch aus München-Paris vollzogen. Das schöne Gotteshaus vermochte kaum die Theil nehmenden Zeugen der heiligen Handlung zu fassen.

Schwepingen, 21. Mai. (R. B. Bdzg.) Heute fand in den schönen Räumen des Schloßtheaters ein Konzert zum Besten des projektierten Denkmals für den hier verstorbenen Naturforscher Schimper statt. Die Theilnahme war eine äußerst zahlreiche, so daß der erwünschte Zweck vollständig erreicht sein dürfte. Das Konzert selbst hat allgemein befriedigt. Das reichhaltige Programm wurde von Kräften aus Mannheim, Heidelberg und Schwepingen gut ausgeführt und jede einzelne Nummer von dem Publikum mit Beifall belohnt.

Graben, 17. Mai. (B. Bdzg.) Hervorgehoben durch die Bemühungen der nächst dem Rheinstrom gelegenen Orte, die Zugstrichung der Rheintalbahn ausschließlich für sich zu gewinnen, fand gestern eine Besprechung hier statt und hatten sich hierzu die Gemeindevorstände der Orte Wiesenthal, Reudorf, Graben, Lintenheim, auch sonstige angesehene Bürger und Inhabrielle aus diesen Orten und solche von Friedbrichthal eingefunden. Es wurde beschlossen, Alles anzubieten, um die Großh. Regierung zu veranlassen, daß sie die der Bahn von Anbeginn an bestimmte Richtung aufwärts Wagbäusel über Graben nach Karlsruhe auf dem Hochgebirge beibehalte. Ein weiterer Antrag von einem Vertreter Philippsburg wurde dahin gestellt, man möge gegenüber den Ansprüchen der Berliner Diskontogesellschaft, welche unentgeltliche Abtretung des Geländes und Aktienzeichnung anstrebe, einen Versuch machen, ob das Bankkapital nicht auf der Linie selbst, bzw. im engeren Vaterland mittelst Aktienausgabe von Seite der Stadt Mannheim anzubringen sei.

Freiburg, 20. Mai. (Oberh. Kur.) Heute wurde von der Strafkammer der Medecur des „Freiburger Boten“ wegen eines Artikels in Nr. 25 d. Bl. zu 5 Wochen Amtsgefängnis und in die Kosten verurtheilt.

Freiburg, 20. Mai. (Breisg. Bzg.) Nächsten Montag findet die Ueberfiedelung des hiesigen Weiber-Zuchthauses und der damit verbundenen polizeilichen Verwaltungsanstalt nach Bruchsal statt. Ueber die fernere Verwendung des Gebäudes verlautet noch nichts Näheres.

Konstanz, 20. Mai. (Konst. Bzg.) So eben durchläuft unsere Stadt die erfreuliche Nachricht, daß die ehrwürdige, um das Gedenken von Konstanz nicht wenig verdiente Macaire'sche Fabrik der Stadt definitiv erhalten bleibt und, wie wir nicht zweifeln, einem neuen Aufschwung entgegengeht. Dieselbe ist in den Besitz einer Gesellschaft übergegangen, welche aus Hrn. Socin aus Basel und dem langjährigen Profuristen und Geschäftsführer der Firma Macaire, unserm Mitbürger Hrn. Krämer, besteht.

Vermischte Nachrichten.

Wie man der „Bad. Lnd.-Ztg.“ schreibt, erstiegerte der Fabrikbesitzer Hr. Karl Weg in Freiburg jüngst das dortige kleine Landgut an der Dreisam, in welchem sich bisher die öffentliche Badeanstalt „Zum Bilde“ befunden hat. Diese Anstalt hat Hr. Weg für warme und kalte Bäder, Douchen und Dampfbäder neu und zweckmäßig herstellen lassen und solche dem öffentlichen Gebrauch in der Art wieder geöffnet, daß Jedermann, Gesunde und Kranke, um den ganz geringen Preis von 6 Kreuzer ein warmes Bad erhalten kann und ganz Armen auf Ansuchen auch unentgeltlich Bäder verabreicht werden.

Ueber die Sitte der Blumenpenden bei Trauerfällen geht dem „Schwäb. Mer.“ aus Stuttgart eine Einwendung zu, die auch für andere Orte manches Beachtenswerthe hat. Gewiß haben schon Viele — heißt es darin — die Belästigung durch die Blumenpenden bei Trauerfällen sehr unangenehm empfunden. In den zwei schwersten Tagen, zwischen Tod und Begräbniß, hört im Trauerhause das Gelächel von Freundinnen, Kindern und Mägden nicht auf, die als Zeichen der Theilnahme große Strauße und Kränze bringen. Die Trauernden müssen sich mit den Besuchenden unterhalten, die Krankheitsgeschichte erzählen und so wieder und immer wieder den Schmerz in seiner ganzen Schwere durchmachen, während ihnen doch Ruhe, Stille und Verkehr nur mit den nächsten Freunden Bedürfnis wäre. Die vielen Blumen, die sich ohnedies weit mehr für ein freudiges Ereignis, eine Hochzeit, eine Geburtstagsfeier oder eine heitere Gesellschaft eignen, sind den Trauernden meist nicht angenehm. Wenn aber die Beerdigung kommt, weiß man oft gar nicht, was mit diesen Blumenmassen anzufangen, ganze Wäskörbe voll werden weggeworfen und so große Summen unnütz verschleudert. An den Rosenpunkt darf in der That erinnert werden. Gewiß ist es sehr Vielen, die eine größere Veranlassung oder Bekanntheit haben, gar nicht leicht, die vielen halben und ganzen Gulden für die Blumenpenden aufzubringen. Ebenso aber sind für gar manche Trauerhäuser die Tringelbier für die Blumen eine nicht gering anzuschlagende Ausgabe, die sich nicht selten auf 30, 50, ja bis zu 80 fl. beläuft. Nun sind die Kosten, die eine Beerdigung verursacht, wahrlich groß genug; warum soll man sie noch vermehren durch etwas Unnütziges und Kästiges? Zu diesen Belästigungen kommt aber noch die Pflicht der Dankbeide, welche die Empfänger der Blumen bei den Gekerten machen sollen, wieder eine drückende Last für Viele. In der That, es übersteigt das Maß des Vernünftigen und Rechten, daß die Schmerzen und Sorgen einer das Gemüthsleben ohnehin tief in Anspruch nehmender Trauer noch vermehrt werden sollen durch die Last einer Sitte, die offenbar zur Unsitte geworden ist.

Regensburg, 20. Mai. Heute fand die Enthüllung des Standbildes statt, welches der vereidigte König Ludwig I. seinem Lehrer und Freund, dem vortrefflichen Bischof J. M. v. Sailer, gewidmet hat.

In Worms werden 120 Mädchen als Kellnerinnen für die Restauration in der Festhalle am Lutherplatz für die Tage des 24., 25. und 26. Juni gesucht.

Frankfurt, 20. Mai. (Zeff. Bl.) Hochbetagt, wenn auch bis zuletzt rüstig, verschied in verfloßener Nacht Geh. Hofrath Dr. med. Siebel. Als Kinderarzt eine allbekannte Autorität, nahm er sich in Wort und Schrift hauptsächlich der Erziehung von Kinderkranken an; dem Christlichen Kinderhospital stand er mit unermüdetem Eifer vor. Als Jüngling stand er in den Reihen der Lüpover Jäger und war als Waffengeführter Zeuge von dem Selbstdes Dichters Theodor Körner.

Berlin, 21. Mai. Die Liquidationskommission des aufgelösten Nationalvereins, welche jetzt ihre Schlußrechnung abgibt, hat u. A. 1000 fl. für die Petermann'sche Nordpolar-Expedition und 500 fl. für das deutsche Hospital in New-York bewilligt, mit dem Vorbehalt, für letztgenannte Stiftung eine Zuwendung von ungefähr gleichem Betrag aus den binnen kurzem eingehenden Aufserständen im Buchhandel hinzuzufügen. Die von der engern Kommission bereits früher beschlossenen Zuwendungen von 200 fl. für das Rüdert-Denkmal, 300 fl. für das Stein-Denkmal, und 1000 fl. für die deutsche Bürgerschule in Konstantinopel werden genehmigt. Demnächst findet die Schlußrevision statt, deren Ergebnis veröffentlicht werden soll.

Berlin, 22. Mai. In dem heute begonnenen Hochverrathsprozess gegen den Verleger der Kasseler „Volks-Zeitung“, Plaut, und den abwesenden kurfürstlichen Kabinetsekretär Preiser hat der Staats-Gerichtshof den Erstern freigesprochen.

Die Berliner Montagzeitung erzählt: „Ein von fälligen Wechseln und Schuldscheinen hart bedrängter hochgeborener junger Krieger äußerte dieser Tage auf die Frage, wie es ihm gehe: „Schlecht, wie Rumänien!“ „Wie Rumänien?“ war die erstaunte Gegenfrage. „Ja“, sagte er erklärend hinzu, „ich leide auch an — Judenverfolgung.“ „Acceptiren Sie doch“, sagte der Bankier L., „das Prinzip des humoristischen Budgetauschusses in Wien“ und zeigen Sie öffentlich an: „Zur Deckung derjenigen Summen, welche mir zum Leben fehlen, sind meine Gläubiger verpflichtet.““

Gumbinnen, 19. Mai. Im Jura-Forst, hart an der russischen Grenze, war ein Waldbrand ausgebrochen. Russisches Militär, welches das Feuer zuerst gewahrte, überschritt die Grenze und traf Anstalten, um dem Brand Einhalt zu thun, welcher in Folge dessen auf eine geringe Fläche beschränkt blieb und nur unerheblichen Schaden angerichtet hat. Das hilfreiche Eingreifen der russischen Soldaten fand allgemeine Anerkennung.

Die Wiener „N. Fr. Pr.“ berichtet: Julie Ebergenyi wird in den nächsten Tagen nach Neudorf, als dem Orte, wo sie ihre 20-jährige Kerkerstrafe abbüßen soll, gebracht werden. Ihr Verhalten ist keineswegs ein reuevolles. Man erzählt sogar, daß sie wegen einzelner Vorfälle, durch welche sie eine besondere Vorliebe für männliche Schicksalsgenossen an den Tag legte, mehrfache Disziplinarstrafen, als die Einspernung in einsamer, dunkler Zelle, hartes Lager u. s. w., wider sich herausbeschwor.

Wien, 22. Mai. Der so eben ausgegebene Wochenanweis der Staatsbahn zeigt eine Einnahme von 604,071 Gulden, d. h. um 151,428 Gulden mehr als in der entsprechenden Woche des Vorjahrs.

Bern. Nach neuester Meldung sind in Rätti bei Büren 48 Häuser abgebrannt.

Die neuesten amerikanischen Zeitungen enthalten furchtbare Berichte über eine Reihe von Erdbeben, die vom 27. März bis in die ersten Tage des April auf den Sandwichs-Inseln große Ver-

beerungen angerichtet haben. Nicht weniger als 2000 Erdböße sollen zwischen dem 28. März und 13. April verspürt worden sein. In Waikina öffnete sich der Boden auf mehreren Stellen und eine 60 Fuß hohe Fluthwelle, die eine Viertelmeile weit ins Land hineindrang, riß Alles mit sich fort. Hundert Menschenleben nebst vielen tausend Stück Pferden und Hornvieh gingen zu Grunde. Aus verschiedenen Kratern wälzten sich 5—6 Meilen lange glühende Lavaströme mit einer Geschwindigkeit von 10 Meilen per Stunde dem Meere zu, verbrähten Alles, was ihnen in ihrem Lauf begegnete, und bildeten eine neue Insel im Meere. Aus einem neugebildeten, 2 Meilen im Durchmesser haltenden Krater stiegen feurige Felsstücke 1000 Fuß hoch in die Luft, so daß dessen Feuererscheinungen 50 Meilen in der Runde sichtbar waren. Der stärkste Stoß wurde am 2. April verspürt. Der Jammer und das Elend ist furchtbar. (Zu bemerken ist, daß diese Schauerberichte aus San Francisco telegraphisch vom 7. d. gemeldet werden.)

Karlsruhe, 22. Mai. (Strafkammer.) Heute fanden die Verhandlungen wegen zweier gegen den evangelischen Pfarrer Friedrich Heinrich Rein von Menzingen erhobener Anklagen statt. Es wurden dieselben von dem Groß. Staatsanwalt No 11 vertreten, seine Verteidigung hatte der Angeklagte dem Hrn. Anwalt Krämer übertragen. Die Thatfachen, welche diesen beiden Anklagen zu Grunde lagen und welche der Gerichtshof auf Grund theilweiser Geständnisse des Angeklagten, sowie der Aussagen der Zeugen als erwiesen annahm, sind folgende:

Pfarrer Rein begab sich am Tage der Wahlen zum Zollparlament, 18. Febr. d. J., Vormittags, auf das Rathhaus zu Menzingen, woselbst ihm der Wahlvorstand einen Stimmzettel behändigte, auf welchem die Worte gedruckt waren: „Stimmzettel. Zum Abgeordneten in das Zollparlament bringe ich in Vorschlag“. Er behauptet, durch den Anblick dieses Zettels in große Aufregung versetzt worden zu sein, denn er habe denselben wegen der darauf gedruckten Worte für ungültig gehalten und weiter geglaubt, die Wahlkommission, welche die Wahl Bluntzsch's begünstige, behändige Denjenigen, welche vermutlich für Bluntzsch's stimmen würden, absichtlich solche ungültige Wahlzettel zu gleicher Zeit hielt — ob zufällig? — das Grundverr. v. Menzingen'sche Rentamt in dem nahegelegenen Wald Spach eine Holzversteigerung ab, zu welcher sich zahlreiche Steigerer eingefunden hatten. Dorthin begab sich Pfarrer Rein, und erwiderte alsbald die Frage eines der Anwesenden, ob er auch Holz steigern wolle, mit den Worten: Rein, er sei nur gekommen, um den Leuten zu sagen, daß sie sich von der Wahlkommission nicht an der Nase herumführen lassen sollen. Sodann hielt er, nachdem der Rentamtmann mit der Versteigerung inne gehalten und erklärt hatte, der Hr. Pfarrer solle jetzt sagen, was er zu sagen habe, eine längere Ansprache an die versammelte Menge, in welcher er unter Anderm sagte: „Die Mitglieder der Wahlkommission gehen mit Lug, Betrug und Spitzbüberei um, ich habe einen ungültigen Wahlzettel erhalten, die Herren auf dem Rathhaus führen falsche Stimmzettel, das ist öffentlicher Betrug“ u. dgl. m. Er kam auch auf die Zweite Kammer zu sprechen und äußerte: „Droben sitzen sie, die Zettelhäcker, und stecken ihr Geld in den Saad. Der Paravicini „nimmt auch alle Tag seine 5 fl., und was thut er? Für die Ostrpreußen haben sie nichts gethan, die Schlingel“. Schließlich forderte er die Leute auf, ihre Stimmen Bluntzsch's zu geben, den er persönlich kenne, und Bluntzsch, der ein Unrüst sei, nicht zu wählen. Am Sonntag den 23. Febr. d. J. verübte der Angeklagte in dem Vormittagsgottesdienste, daß er sich des Nachmittags wegen seines Auftretens am 18. Febr. verantworten werde, und lud zu zahlreichem Erscheinen ein. Wirklich begann er auch nach beendigtem Gebet des Nachmittags, am Altar stehend, ein Zeitungsbüchlein in der Hand und von Zeit zu Zeit auf den Altar schlagend, in heftigem Ton wieder von der Wahl und dem Wahlvorstand zu reden; er erklärte, daß er sich geirrt, wenn er die Wahlzettel für ungültig gehalten, und daß er deshalb die Wahlkommission um Entschuldigung bitte; er fügte aber, indem er eine Reihe angeblich vorgekommener Ungehörigkeiten aufzählte, bei: „die Mitglieder der Wahlkommission haben doch wissenschaftlich und vorzüglich das Wahlgeld und die Vollzugsverordnung verlegt, und es ist dies um so beschwerlicher, als sie durch Handelsübliche zur Beobachtung derselben verpflichtet waren. Ich kann jetzt der Wahlkommission noch einen schwereren Vorwurf machen, als dies im Wald geschehen, nämlich den der Mißachtung des Eides; sie sollen Buße thun, damit sie nicht in ihren Sünden sterben“, und auf die Plätze des Gemeinderaths deutend: „Diese Plätze sind leer, denn die Leute schämen sich, ihre Schande anzuhören.“

Auf Grund dieser verschiedenen Äußerungen waren zwei Anklagen erhoben, die eine, den Anfall auf die Zweite Kammer betreffend, wegen Gefährdung der öffentlichen Ruhe und Ordnung durch Aufreizung zu Haß und Verachtung gegen die Volksvertretung vermittelst grober Schmähungen gegen die Zweite Kammer. Die Verteidigung bemühte sich den Beweis der Aufreizung, das Vorhandensein einer öffentlichen Rede und die böse Absicht. Der Gerichtshof nahm den Beweis als erbracht an, sowie ferner, daß die fraglichen Äußerungen in einer öffentlichen Rede gemacht worden seien. Dagegen wurde nicht als bewiesen angesehen, daß der Angeklagte die Absicht gehabt habe, zu Haß und Verachtung gegen die Volksvertretung aufzuwecken, und sprach denselben deshalb von dieser Anklage frei.

Die zweite Anklage war erhoben wegen Ehrenkränkung der Wahlkommission, beziehungsweise ihrer Mitglieder mit Bezug auf ihren Dienst. Der Angeklagte war der ihm in dieser Richtung zur Last gelegten Äußerungen im Wesentlichen geständig, suchte aber eine Art von Wahrheitsbeweis in der Richtung zu führen, daß er das Vorkommen einzelner Ungehörigkeiten bei der Wahl, wie z. B. daß der Ortsdiener — daß es aus Auftrag geschah, wurde nicht erwiesen — die Wähler bei Strafvermeidung zum Abholen der Wahlzettel durch die Schelle aufgefordert hatte. Der Gerichtshof erklärte den Wahrheitsbeweis schon deswegen für unzulässig, weil die Beleidigung in der Kirche und in der Predigt geschehen war (§ 308 St.G.B.) und verurtheilte den Angeklagten wegen Ehrenkränkung zu einer auf der Festung zu ersühenden Amtsgängnißstrafe von drei Wochen.

Hamburg, 16. Mai. Das Hamburg-New-Yorker Post-Dampfschiff „Germania“, Kapit. Schwensen, am 5. d. M. von New-York abgegangen, ist nach einer schnellen Reise von 10 Tagen 7 Stunden heute Morgen in Cowes angekommen, und hat, nachdem es daselbst die Verein.-Staaten-Post, sowie die für Southampton und Havre bestimmten Passagiere gelandet, um 11 Uhr die Reise nach Hamburg fortgesetzt.

Dasselbe überbringt 269 Passagiere, 56 Briefsäcke, 800 Tons Ladung, 951,600 Doll. Contanten.

Hamburg, 19. Mai. Das Hamburg-New-Yorker Post-Dampfschiff „Bavaria“, Kapit. J. Meyer, welches am 2. Mai von hier abgegangen, ist am Sonnabend den 16. d. M., 3 Uhr Nachmittags, wohlbehalten in New-York angekommen.

Nachricht.

Telegramme.

Berlin, 23. Mai. (Sch. M.) Das gestern Abend zu Ehren der süddeutschen Zollparlaments-Mitglieder gehaltene Livolifest war zahlreich von Süddeutschen aller Fraktionen — z. B. waren anwesend Thüngen, Sepp, Bamberger, Döfner — und von norddeutschen Liberalen besucht. Den Haupttoast brachte v. Holkenhoff (Berliner Stadtrath, Mitglied des einladenden Komitee's) auf die Süddeutschen und ein einiges Deutschland aus. Graf zu Rhein dankte Namens der Süddeutschen. Sonstige Redner waren Bluntzsch, Weg, Bamberger, Böll, Waldeck, Sepp, Auerbach. — Die am morgen Samstag Abend unmittelbar nach dem um 4 Uhr stattfindenden feierlichen Schluß des Zollparlaments anberaumt gewesene Kieeler Festsahrt der Abgeordneten ist wegen Hoffentlichkeiten, die an diesem Abend in Potsdam (vermuthlich gleichfalls zu Ehren des Parlaments) stattfinden, auf Sonntag Abend verschoben.

† Berlin, 23. Mai, Nachmittags 5 Uhr. Schluß des Zollparlaments. Die Thronrede hebt die wichtigen Folgen der Session für die Verkehrsfreiheit und die Entwicklung der nationalen Wohlfahrt hervor, zählt alsdann die verschiedenen zu Stande gekommenen Gesetze auf, erwähnt gleichzeitig die für die nächste Zeit bevorstehende, nicht unwesentliche Verminderung der Zolleinnahmen und fährt alsdann fort: Der Zollverein verbände der glücklichen Verschmelzung der finanziellen und wirtschaftlichen Interessen seinen Aufschwung; die ausschließliche Wahrung eines dieser beiden Interessen müßte seine Entwicklung lähmen. Wenn hierüber eine Verständigung noch nicht erzielt sei, so werde hoffentlich beim nächsten Zusammentreten auch nach dieser Seite der Erfolg gelingen. Die Thronrede spricht die Hoffnung aus, daß die Session beitragen werde zur Kräftigung des gegenseitigen Vertrauens der deutschen Stämme, zur Zerstückung und Minderung mancher Vorurtheile, welche der einmüthigen, allen Stämmen einwohnenden Vaterlandsiebe etwa hinderlich wären. Sie Alle werden in die Heimath die Ueberzeugung mitnehmen, daß in der Gesamtheit des deutschen Volkes das brüderliche Gefühl der Zusammengehörigkeit lebt, welches, von der Ausdrucksform nicht abhängig, stetig an Kraft zunehmen wird, wenn wir bestrebt sind, hervorzuheben, was uns eint, und zurückzustellen, was uns trennt.

Die Rede schließt: „Nachdem Ich durch den übereinstimmenden vertragmäßig bekundeten Willen der berechtigten Gewalten des Vaterlandes zu dieser hervorragenden Stellung berufen bin, betrachte Ich es als eine Ehrenpflicht, vor den Vertretern des deutschen Volks zu bekunden, daß Ich die Mir übertragenen Rechte als ein heiliges, von der Nation und den Fürsten Mir anvertrautes Gut in gewissenhafter Achtung der geschlossenen Verträge und der geschichtlichen Berechtigungen, auf welchen unser vaterländisches Gemeinwesen beruht, handhaben und verwerten werde. Nicht die Macht, welche Gott in Meine Hand gelegt, sondern die vertragmäßig zugestandenen Rechte werden Mir stets zur Richtschnur der Politik dienen. In dieser Richtung, in fester Zuversicht auf Gottes Beistand die Lösung der gemeinsamen Aufgaben erstrebend, sehe Ich der Wiedervereinigung des Zollparlaments entgegen, sobald neue Arbeiten dasselbe zu erneuter Thätigkeit berufen werden.“

Marktvreise.

Karlsruhe, 23. Mai. In der hiesigen Mehlhalle wurden am 20. Mai zu Durchschnittspreisen per 150 Pfund verkauft: Runkelmehl Nr. 1 18 fl. 45 kr.; Schwingmehl Nr. 1 17 fl. 30 kr.; Wehl in 3 Sorten 16 fl. 30 kr.

In der hiesigen Mehlhalle blieben aufgestellt: 41,730 Pfd. Mehl. Eingeführt wurden vom 14. bis 20. Mai: 167,696 Pfd. Mehl. 209,426 Pfd. Mehl. Davon verkauft: 167,741 Pfd. Mehl. Glieben aufgestellt: 44,685 Pfd. Mehl.

Frankfurt, 23. Mai, 2 Uhr 22 Min. Nachm. Deffter. Kreditaktien 189 1/2, Staatsbahn-Aktien 259 1/2, National 51 1/2, Steuerfreie 49 1/2, 1860r Loose 69 1/2, Deffter. Balua 101 1/2, 4prozent. bad. Loose 97 1/2, Amerikaner 76 1/2, Gold 139 1/2.

New-York, 21. Mai. Gold 139 1/2, Wechsel 110, Bonds (1882) 110, Baumwolle 30 1/2 Cent.

Karlsruher Witterungsbeobachtungen.

20. Mai.	Barometer.	Thermometer.	Wind.	Himmel.	Witterung.
Morgens 7 Uhr	27° 10,86	+ 14,5	N.O.	sch. bew.	feiter, Thau, mild
Mittags 2 "	" 10,00	+ 22,0	"	"	beiß
Nachts 9 "	" 9,73	+ 16,5	"	"	mild

21. Mai.

Morgens 7 Uhr	27° 9,46	+ 15,5	S.W.	stark bew.	Enbl., windg., mild
Mittags 2 "	" 9,50	+ 18,5	"	"	warm
Nachts 9 "	" 9,63	+ 14,5	"	"	sternhell, mild

Verantwortlicher Redakteur: Dr. J. Herm. Kroenlein.

Großherzogliches Hoftheater.
Sonntag 24. Mai. 2. Quartal. 69. Abonnementsvorstellung. **Romeo und Julie**, große Oper mit Ballet in 5 Akten, von Gounod. Anfang 6 Uhr, Ende nach 9 Uhr.
Dienstag 26. Mai. 2. Quartal. 70. Abonnementsvorstellung. Zum 1. Mal wiederholt: **Der Autographensammler**, Charakterbild in 1 Akt, von W. v. H. Hierauf, zum 1. Mal wiederholt: **Die Verlobten**, Lustspiel in 2 Akten, von Adolf Wilbrandt. Zum Beschluß: **Morgens 2 Uhr**, Schwanke in 1 Akt, nach dem Französischen von Jörster. Anfang 1/2 7 Uhr, Ende gegen 1/2 10 Uhr.

